Johannes Cziupka

Dispositives Vertragsrecht

Funktionsweise und Qualitätsmerkmale
gesetzlicher Regelungsmuster

Mohr Siebeck

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
§ 1 Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisziel	1
A. Einführung und Problemaufriss	1
B. Rück- und Ausblick: Theoretische Reflexion über dispositives Recht ..	4
I. Grundlagendiskussion um die Geltungskraft des dispositiven Rechts im 19. Jh.	5
II. Revitalisierung der Debatte um dispositives Recht im Zuge der Europäisierung des Privatrechts	6
C. Economic analysis of default rules	8
I. Dispositives Recht und Regelungstechnik	9
II. Neue Impulse einer Theoriebildung um dispositives Recht durch die Rechtsökonomik	10
1. Dispositives Recht als Marktimitation	10
2. Verhandlungsförderung durch anreizvermittelnde Normen	11
3. Rechtsökonomische Theoriebildung um dispositives Recht	12
D. Methodischer Ansatz: Extra-positive Forschung	13
E. Gang der Darstellung	15

Kapitel 1

Dispositives Recht im Spannungsfeld zwischen
autonomer Gestaltungsmacht und verbindlicher Kraft
der Rechtsordnung:
Funktionsweise gesetzlicher Regelungsmuster

§ 2 Vertrags- und Vertragsrechtsfunktionen	21
A. Basisfunktionen des Vertragsrechts: Kooperationsermöglichung und -sicherung durch strukturelle Normen, Vertragsbindung und zwingendes Recht	24
I. Strukturelle Normen als Bedingungen der Wirksamkeit von Verträgen	25
II. Die Vertragsbindung als unabdingbare Grundregel des Vertragsrechts	27
1. Regelutilitaristische Begründung der Vertragsbindung	28
2. Bestimmung der Reichweite der Vertragsbindung durch objektives Recht	29
3. Verhaltenssicherheit und Kooperationsförderung durch Verträge	31
a) Die Defizienz außerrechtlicher Kooperationsmechanismen	32
b) Kooperationsermöglichung durch rechtlich sanktionierte Vertragsbindungen	33
c) Vertragsrecht als vertrauenssurrogierendes Instrument der Kooperation	33
III. Zwingendes Vertragsrecht als Kompensationsinstrument	34
1. Gründe für zwingendes Recht: Paternalismus, Distribution und Effizienz	35
2. Zwingendes Recht als Durchbrechung des Subsidiaritäts- prinzips	38
3. Zwingendes Recht und Erschwerung der Ausübung privater Dispositionsbefugnis	39
4. Systembedingte Gefahren zwingenden Privatrechts	40
5. Die Rückgebundenheit zwingenden Rechts an den autonomen Vertrag sowie dispositives Vertragsrecht	42
a) Die Verwiesenheit zwingenden Rechts auf die Existenz des Vertrags	42
b) Der Verweisungszusammenhang von zwingendem und dispositivem Recht	43

B. Staatliche „Serviceleistung“: Kooperationsförderung und -unterstützung durch gesetzliche Regelungsmuster	44
I. Kooperationsunterstützung durch praktikable Umrahmung der Vertragsfreiheit	45
II. Transaktionserleichterung und Rechtssicherheit durch stabiles dispositives Recht	49
1. Antizipatorisch-starre und retrospektiv-flexible Lücken- schließungsinstrumente	50
2. Rückkopplungsprozesse zwischen Stabilität und Effektivität dispositiven Rechts	52
III. Faktische Defizienz dezentraler und strukturelle Defizienz zentraler Regelsetzung	53
1. Die faktische Unvollkommenheit autonomer Verträge als Anknüpfungspunkt für den ergänzenden Rechtssatz dispositiven Rechts	54
2. Die Starrheit staatlicher Regelungsmuster als Anknüpfungspunkt der Dispositivität	56
IV. Die allgegenwärtige Existenz kooperationsunterstützender Ergänzungsregeln	59
1. Divergenzen des Umgangs mit Lückenschließungs- instrumenten zwischen common- und civil-law-Systemen	59
2. Strukturelle Konvergenzen des Bestands ergänzender Vertragsmuster	62
C. Fazit	63
 § 3 Vermutete Autonomie und heteronome Rechtssetzung: Dienende und gebietende Dimension dispositiven Rechts	66
A. Problemaufriss: Wandel der Funktionsdeutungen dispositiven Rechts	66
B. Die klassische dienende Funktion dispositiven Rechts: Regelungsmuster als sedimentäre Rechtsbildung	68
I. Savignys Deutung dispositiven Rechts als Auslegungs- mechanismus unvollständig artikulierter Willen	70
1. Willensexklusive Deutung der Vertragspflichten	71
2. Dispositives Recht als antizipierte ergänzende Vertragsauslegung	72

3. Der hypothetische Parteiwille als Maßstab der Inhaltsgestaltung und Surrogat für einen empirisch-psychologischen Willen	72
II. Präponderanz des Parteiwillens: Willensdienendes Verständnis nachgiebiger Normen in der Pandektistik	75
1. Dispositives Recht als Konturierungsmittel unvollständig artikulierter Willen	76
2. Anlehnung vertragsexterner Ergänzungsnormen an vertragsinterne Vorgaben	78
III. Telos der Dispositivität aus dem Blickfeld der subjektiv-willensdienenden Deutung dispositiven Rechts	79
1. Subsidiarität und Dispositivität	80
2. Der intrinsische Wert selbstbestimmter Verträge	80
a) Private Dispositionsbefugnis und privatautonome Gestaltungsmacht	81
b) Dispositivität als Ausdruck der bloßen Zweckmäßigkeit-funktion dispositiver Regeln	83
3. Der „gemeinsame“ Vertragswille als hinreichender Grund der Einräumung privater Dispositionsbefugnis	84
IV. Die Plausibilität der Rückbindung nachgiebiger Normen an den typisierten Vertragswillen	87
1. Willenstypisierung als Funktionsbedingung dispositiver Regelungsmuster	88
2. Dispositives Recht als Mittel der Zweckmäßigkeit	89
C. Verobjektivierender Umdeutungsprozess nachgiebigen Rechts: Die gebietende Funktion dispositiven Rechts	90
I. Die Schwelle zwischen subjektiv-willensdienender und objektiv-gebietender Deutung: Dispositives Vertragsrecht als Abbildung „richtiger“ dezentraler Regelsetzung	92
1. Schmidt-Rimplers Richtigkeitsgewähr als Oszillation zwischen autonomen und heteronomen Elementen	93
a) Rückbindung des Inhalts dispositiver Normen an die Vorgegebenheiten des Rechtsverkehrs als Ausfluss der willensdienenden Deutung nachgiebigen Rechts	94
b) Rückbindung dispositiven Rechts an die typischen Willen der Vertragsparteien als „Gewähr“ für die Verwirklichung vertragsexterner Wertungen	94

2. Richtigkeitsgewähr und prozedurale Gerechtigkeit	97
a) Vertragsexterner Kompatibilitätsvorbehalt	98
b) Unvereinbarkeit materieller Richtigkeitsvorstellungen mit liberalem Vertragsrechtsdenken	99
c) Prozedurale Gerechtigkeit durch „faïres“ Vertragsschluss- verfahren	101
II. Normtheoretischer Ausgangspunkt der verobjektivierenden Deutung: Dispositives Recht als Rechtsschöpfungs- bevollmächtigung	102
1. Einführung in die Position Bülows: Terminologische Sonderheiten – Dispositives Recht und ergänzende Rechtssätze	105
2. Dispositives Recht als Ermächtigungsanordnung zu privatautonomer Gestaltung	106
a) Dispositives Recht als Ermächtigung zur Rechtsbestimmung „in Vertretung“ der Rechtsordnung	108
b) Normtheoretische Mehrbigkeit des dispositiven Rechts	109
c) Disposition als Wahlmöglichkeit	110
d) Erlaubnissätze als Inkorporierungsstrategie	112
3. Kritische Reflexion der normtheoretischen Deutung Bülows ..	113
a) Der etatistisch motivierte Rekurs auf Ermächtigungsnormen	114
b) Nivellierung der Differenz zwischen dispositiven und zwingenden Normen	115
c) Ablehnung der Mutationskonzeption als „richtiger Kern“ der Theorie Bülows	116
III. Dispositives Recht als Verkörperung vertragsexterner Wertungen	118
1. Abkehr von der Willensausrichtung nachgiebiger Normen	119
2. Stammlers Kritik der klassischen willensorientierten Deutung dispositiven Rechts	120
a) Pragmatische Kritik	121
b) Rechtspolitische Kritik	122
IV. Die erhöhte Widerstandskraft dispositiver Regelungsmuster	123
1. Dispositives Recht als Maßstab für die Grenze rechtmäßiger Ausübung staatlich zugeteilter Freiheiten – Raisers Deutung dispositiven Rechts als „normale Ordnung“ des betreffenden Lebensverhältnisses	124
2. Objektive Deutung dispositiven Rechts als Vorreiter der Leitbildtheorie	126
V. Telos der Dispositivität aus dem Blickwinkel eines objektiv-gebietenden Verständnisses dispositiven Rechts	131

1. Die Atypik individueller Lebensverhältnisse als Grund der Dispositivität	133
2. Verträge als konkurrierendes Instrument der Herstellung gerechter Ordnungen	134
D. Subjektiv-dienende und objektiv-gebietende Interpretationen dispositiven Rechts als Ausdruck differierender Staats- und Freiheitsverständnisse	136
I. Willenstypisierende Funktionsdeutung dispositiven Rechts als Ausfluss klassisch- formalen Privatrechtsdenkens	138
1. Negative Freiheit und Neutralität des Staates	139
2. Die Rahmenordnungsfunktion des staatlichen Vertragsrechts ..	141
a) Rechtsverhältnis als Gebiet unabhängiger Herrschaft des Willens ..	142
b) Ordnung des Mein und Dein – „Entsittlichung“ des Privatrechts ..	143
II. Hegels Freiheits- und Staatsverständnis als theoretische Basis objektiver Deutungen dispositiven Rechts	146
1. Freiheit als sich produzierendes Relationsgefüge	146
2. Abstraktes Recht und intersubjektive Anerkennung der Eigentümer	147
3. Die „Aufhebung“ der bürgerlichen Gesellschaft im sittlichen Staat	149
E. Rückkehr zur willensorientierten Deutung dispositiven Rechts: Modifizierende Reformulierungen der klassischen Konzeption staatlicher Regelungsmuster	154
I. Frieds „Contract as Promise“ als Rekonzeptualisierung willensorientierter Deutungen dispositiver Regelungen	155
1. Vertragsrecht als exklusiver Ort „versprochener“ Pflichten ...	157
2. Der hypothetische Wille innerhalb der Friedschen Vertragstheorie	159
II. Barnetts konsensbasierte Vertragstheorie: Geltung des dispositiven Rechts kraft aktuellen Parteiwillens?	161
1. Konsensmanifestation als Konsentierung staatlicher Vertragsergänzungsmechanismen	162
2. Die Überstrapazierung der Erklärungstheorie in der Konzeption Barnetts	166
3. Die Rückverwiesenheit dispositiver Inhaltsaussagen auf den individuellen Vertrag	167
4. Die Zwittergestalt dispositiven Rechts	173

III. Oechslers Lehre von den naturalia negotii als konkretisiertes Gläubigervertrauen	175
1. Doppelt funktional gedeutete Willenserklärungen	176
2. Die Aporie des Rekurses auf das Gläubigervertrauen	178
F. Die prinzipielle Vorzugswürdigkeit der Ausrichtung dispositiver Normen an den hypothetischen Willen der Vertragsakteure	180
I. Dispositivität und Akzeptabilitätsvorbehalt	181
1. Der hypothetische typisierte Parteiwille als angebliche Leerformel	182
2. Der hypothetische Wille als Ausdruck des Akzeptabilitäts- vorbehalts	184
3. Akzeptabilität als Proprium verkehrserleichternder Dispositivnormen	188
4. Der Rekurs auf den hypothetischen Parteiwillen als Gestaltungsparadigma	189
II. Gefahren verkehrserleichternden dispositiven Rechts bei Missachtung des Akzeptabilitätsvorbehalts	192
1. Transaktionserschwerung durch „unpassendes“ Dispositivrecht	193
a) Schuldrechtsmodernisierung als Wiederherstellung der Funktionstauglichkeit des dispositiven Rechts: Das Schicksal der §§ 459 ff.BGB a.F.als Exempel	195
b) Der Sonderfall veralteten dispositiven Rechts	198
2. Korrektur unpassender Regelungsmuster durch ergänzende Vertragsauslegung	201
G. Fazit	205
§ 4 Die potentielle Durchsetzungskraft des bedingten Sollensanspruchs dispositiven Rechts: Inhaltskontrollfunktion und graduelle Reichweite der Dispositivität	212
A. Normtheoretische Analyse dispositiven Rechts	214
I. Unbedingte Geltung dispositiver Regeln und bedingter inhaltlicher Sollensanspruch	215
1. Mehrstufige normtheoretische Verständnisse dispositiven Rechts – Ermächtigungs-, Befehls- und Erlaubnisaspekte dispositiven Rechts	216

2. Relativierung des Regelungsmusters durch Beschränkung des inhaltlichen Sollensanspruchs dispositiven Rechts	218
II. Rechtsgeltung und Abbedingung	219
1. Geltung kraft Nichtabbedingung?	219
2. Reichweite des Anspruchs auf inhaltliche Befolgung und privatautonome Regelungsmacht	221
B. Inhaltskontrolle anhand dispositiven Rechts als Reichweiten- konkretisierung des bedingten Sollensanspruchs	223
I. Die Reichweite der Bedingtheit des inhaltlichen Sollens- anspruchs nachgiebiger Normen	224
II. Unschärfe der Abgrenzung zwischen dispositivem und zwingendem Recht	226
1. Aktuelles Fehlen übergeordneter Einstufungskriterien	227
2. Nichtdeklarierung der Rechtsnatur vertragsergänzender Normen als Reaktion auf die Spannung zwischen statischen Vertragsrechtsnormen und dynamischer dezentraler Regelsetzung	227
3. Einzelfallbezogene Reichweitenkonkretisierung	229
III. Inhaltskontrolle und Reichweitenbestimmung der Dispositivität	230
1. Inhaltskontrolle anhand dispositiven Rechts als Reichweiten- bestimmung der Dispositivität vermittelt pauschal- prozeduraler und unscharf-materialer Kriterien	232
2. Legislative und judikative Reichweitenbestimmung	234
3. Aufgabe der Reichweitenbestimmung als richtiger Kern der Lehre von der Ordnungsfunktion	235
4. Metakriterien für die Einräumung oder Versagung der Dispositionsmacht	236
a) Die Differenz zwischen Schutzzwecken der Inhaltsnorm und Wegfall der Gründe der Dispositivität	237
b) Der diffuse Rekurs auf den Gerechtigkeitsgehalt als Entscheidungskriterium	238
c) Theoriegeschichtliche Wurzeln der Differenzierung von gerechtighkeits- und zweckmäßighkeitsbezogenen Dispositivregeln ..	241
aa) Ehrlichs Rückanknüpfung der Widerstandskraft nachgiebiger Regelungen an das Telos ihrer Normaussage	241
bb) Raisers Erhebung des dispositiven Rechts zum Ausgangspunkt aller Gerechtigkeitsüberlegungen	244
d) Die Rechtsprechung zur Inhaltskontrolle von Eheverträgen als Beispiel für den Rekurs auf Metakriterien sowie ein graduelles Dispositivitätsverständnis	249

aa) Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Inhaltskontrolle der Eheverträge	250
bb) Rangstufe der Disponibilität und einzelfallbedingte Reichweitenkonturierung	251
IV. Resümee	254
C. Fazit	256

Kapitel 2

Ökonomische Analyse dispositiven Vertragsrechts: Marktimitation, Verhaltenssteuerung und Präferenztransformation – Qualitätsmerkmale gesetzlicher Regelungsmuster

§ 5 Konzeptionelle Grundlagen der ökonomischen Analyse des dispositiven Rechts	261
A. Reichweite deontologischer und konsequentialistischer Vertragstheorien	265
I. Vertragsrechtlicher Deontologismus	266
II. Die Inhaltsarmut des Autonomiegedankens	272
III. Reichweite des Effizienzkriteriums bei der Inhalts- gestaltung dispositiven Vertragsrechts	275
1. Effizientes dispositives Recht als typisierter Parteiwille	275
2. Objektivierung des Parteiwillens durch Idealisierung der Entscheidungsträger	277
B. Grundannahmen der rechtsökonomischen Analyse dispositiven Rechts	282
I. Das Coase-Theorem als Fundament marktimitierender Normen .	283
II. Pareto-Superiorität konsensgetragener Verträge	287
III. Das rechtsökonomische Ideal des „complete contingent contract“	291
1. Juridische und ökonomische Vollständigkeitsverständnisse ...	293
2. Wertmaximierung und Wertbeanspruchung	296
3. Ursachen der Unvollständigkeit realer Verträge als Anknüpfungspunkt verschiedener Typen dispositiver Normen	298
4. Vollständiger Vertrag als Referenzmodell für die Ausgestaltung des Vertragsrechts	300

IV. Der homo oeconomicus als Prognoseinstrument	302
V. Basisfunktionen dispositiven Rechts	305
1. Transaktionserleichterung durch Marktimitation	307
2. Erhöhung der Modellkomplexität: Die sog. „zweite Generation“ rechtsökonomischer Analysen dispositiver Regelungen	309
3. Exkurs: Gründe der Dispositionsbefugnis aus der Warte der Rechtsökonomik	310
C. Dispositives Recht im Lichte kognitionspsychologischer Erkenntnisse	313
I. Grundprämissen der verhaltenswissenschaftlichen Rechtsanalyse: Die Diskrepanz zwischen realen und konstruierten Akteuren	314
II. Experimentelle Erprobung des coaseschen Theorems und Aufdeckung endogener Präferenzen: Illusionäre Besitzeffekte durch dispositives Recht	318
1. Experimentelle Erprobung der coaseschen Effizienz- und Invarianzthesen	319
2. Dispositives Recht und „illusionäre“ Besitzeffekte	323
a) Theoretische Probleme der Übertragbarkeit der Erkenntnis von Besitzeffekten auf vorläufig zugewiesene Rechtspositionen	324
b) Experimentelle Erprobung der Erstreckung von Besitzeffekten auf den status quo dispositiver Rechtszuweisungen	326
III. Implikationen für die ökonomische Theoriebildung um dispositives Recht	328
1. Präferenzexogenität als Grundannahme klassischer rechtsökonomischer Konzeptionen dispositiven Rechts	330
2. Verhaltenstheoretisch fundierte Forderungen nach Modifikationen der klassischen Dispositivnormkonzepte	331
D. Fazit	336
§ 6 Verkehrserleichterung und Transaktionskosten- minimierung: Marktimitierendes dispositives Recht als staatliche „Serviceleistung“	339
A. Marktimitationskonzeption als Reaktionsmittel auf transaktionskostenbedingte Ineffizienzen	340
I. Default Rule Paradigm	341

1. Allokative Irrelevanz dispositiver Normen in einer Coaseschen Welt	342
a) Exemplifizierung des coaseschen Irrelevanzgedankens anhand effizienter Vertragsbruchsanktionen	344
aa) Prämissen des effizienten Vertragsbruchs	344
bb) Erfüllungspflichten in vollständigen Verträgen	345
b) Komplexitätssteigerung durch Aufgabe idealisierender Bedingungen	348
2. Funktion des dispositiven Rechts unter Ausblendung von Transaktionskosten	351
a) Dispositives Recht als Anleitung zur Nutzung des „Vertragsspiels“	351
b) Verteilungswirkungen dispositiver Normen	352
3. Ist dispositives Recht trivial?	353
II. Die „coasesche Vertragstheorie“ als Ausgangspunkt marktimitierender Dispositivnormen	356
1. Transaktionskostenbedingte Ineffizienzen als Anknüpfungspunkt der Marktimitationskonzeption	358
2. „Effiziente“ Vertragslücken aufgrund prohibitiv entstehender Transaktionskosten	361
III. Effizienz durch Minimierung der Gesamttransaktionskosten	362
1. Dispositives Recht als öffentliches Gut	364
2. Exkurs: Ineffizientes dispositives Recht als Anlass zur Bestandskürzung?	368
3. Gesamttransaktionsminimierung durch <i>minoritarian default rules</i> ?	371
B. Pareto- oder Kaldor-Hicks-Effizienz als Kriterium der Ausgestaltung dispositiver Normen?	373
I. Pareto-Effizienz auf homogenen Märkten	376
II. Kaldor-Hicks-Effizienz als Maßstab bei heterogenen Vertragsparteigruppen	378
III. Pareto-Effizienz auf Mikroebene, Kaldor-Hicks-Effizienz auf Makroebene	381
C. Rekonstruktion hypothetischer Verträge: Idealisierung der Entscheidungsträger und Abstraktionsgrad der Inhaltsregeln	382
I. Idealisierung der Entscheidungsträger: Diskrepanz zwischen realen und idealisierten Marktakteuren	384

1. Empirisch ermittelte Mehrheitspräferenzen als Gestaltungsmaß	386
a) Widerspiegelung der Präferenzen der Marktakteure ohne normativen Filter	388
b) Einwände gegen eine auf statistischen Daten ausgerichtete Dispositivnormgestaltung	391
aa) Eindimensionales Verständnis dispositiven Rechts	391
bb) Unvollständiges empirisches Datenmaterial	394
cc) Präferenzendogenität und Nichtabbedingung dispositiver Normen	395
2. Effizienz durch Ausrichtung dispositiver Normen an idealisierten Entscheidungsträgern	397
a) Die Irrelevanz des hypothetischen Parteiwillens	399
b) Hypothetische Konsensfähigkeit als Deduktionsergebnis effizienter Regelungen	401
3. Virulenz der Diskrepanzen zwischen Modell und Realität	404
II. Der angemessene Abstraktionsgrad dispositiven Rechts	407
1. Individualisierende und generalisierende Gerechtigkeit	411
2. Das Konkurrenzverhältnis von dispositivem Recht und ergänzender Vertragsauslegung als Problem des angemessenen Abstraktionsgrades	415
D. Verhaltenstheoretisch fundierte Forderungen nach Modifikation der Marktimitationskonzeption	419
I. Faktische Beständigkeit marktimitierender Normen	420
II. Notwendigkeit der Einführung einer Metaebene der Effizienz ..	421
III. Unscharfe Normen als debiasing-Instrument	422
E. Fazit	424
 § 7 Informationspreisgabe und Verhaltenssteuerung durch anreizvermittelnde Dispositivnormen	 430
A. Grundidee der Anreizsetzung durch „Androhung“ nachteiliger Dispositivregeln	431
B. Informationsforcierende Dispositivnormen als Reaktion auf strategisch bedingte Vertragsineffizienzen: Poolbildung und Separierungsprozesse	435
I. Inklusions- und Exklusionsorientierte Dispositivnormen	437

II.	Autonome Regelsetzung und anreizvermittelnde Dispositivregeln	441
III.	Separating und pooling equilibria – Sortierungsprozesse und Poolbildung als Folge dispositiven Rechts	443
1.	Anreizstärke zur Informationspreisgabe und Ausmaß der Quersubventionierung	444
2.	Die Vorhersehbarkeitsregel als klassisches Exempel einer anreizvermittelnden Dispositivnorm	447
a)	Prämissen der Modellanalyse	450
b)	Die mögliche Ineffizienz einer unbeschränkten Haftungsregel aufgrund von Poolbildungen	454
c)	Die relative Vorzugswürdigkeit einer beschränkten Haftungsregel	456
C.	Systembedingte Gefahren des Einsatzes informationsforcierender dispositiver Normen	460
I.	Ineffizienzen durch transaktionskostenbedingte Nicht-Abbedingung	461
II.	Ineffizienzen durch fehlgeschlagene Anreizsetzung	463
III.	Penalty default rules und status quo bias	465
D.	Nachteilige Dispositivnormen als „formalities“	466
I.	Relativierung der Bedeutung der Inhaltsaussage dispositiven Rechts und Bedeutungssteigerung der privaten Dispositionsbefugnis	467
II.	Anreizinstrument zur Steigerung dezentraler Regelproduktion – Verhinderung ineffizienter Verlagerungen der Regelproduktionsinstanzen	469
E.	Marktimitierende und informationsforcierende Dispositivnormen: Zwei sich ausschließende Typen dispositiven Rechts?	472
I.	Die informationsforcierende Wirkung marktimitierender Normen	473
1.	Die informationsforcierende Wirkung vertraglicher Abbedingungsverfahren	474
2.	Typisierung als Instrument der Anreizsetzung	476
3.	Die informationsforcierende Wirkung typisierenden Dispositivrechts veranschaulicht an der Problematik der Ausgestaltung von Verjährungsfristen	478
II.	Die hypothetische Konsentierung nachteiliger dispositiver Normen	482

F. Verhaltenssteuerung durch Präferenztransformation:	
Dispositives Recht und libertärer Paternalismus	486
I. Lockerung des Akzeptabilitätsvorbehalts	487
II. Die Unvermeidbarkeit der Präferenzbeeinflussung als „Rechtfertigungselement“ paternalistisch motivierter Dispositivnormen	489
1. Paternalismus und suboptimale Entscheidungen	490
2. Asymmetrischer und libertärer Paternalismus als Spielarten des schwachen Paternalismus	490
III. Rechtspolitische Forderungen des libertärer Paternalismus: Möglichkeiten und Gefahren der Präferenztransformation durch dispositives Recht	495
IV. Bewertung	498
G. Fazit	500
 § 8 Zusammenfassung und Thesen	 506
 Literaturverzeichnis	 523
 Sachregister	 549